

Wissen
haftliche

Brigitte Aulenbacher, Michael Burawoy, Klaus Dörre,
Johanna Sittel (Hg.)

ÖFFENTLICHE SOZIOLOGIE

Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft

esellscha
veränder

campus

Brigitte Aulenbacher ist Professorin für Soziologie an der Universität Linz. *Michael Burawoy* ist Professor für Soziologie an der University of California, Berkeley. *Klaus Dörre* ist Professor für Soziologie an der Universität Jena. *Johanna Sittel* ist dort wissenschaftliche Mitarbeiterin.

Brigitte Aulenbacher, Michael Burawoy, Klaus Dörre,
Johanna Sittel (Hg.)

Öffentliche Soziologie

Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-50635-7 Print
ISBN 978-3-593-43540-4 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2017 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Gesetzt aus: Garamond

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Vorwort.....	9
--------------	---

Zur Einführung: Soziologie und Öffentlichkeit im Krisendiskurs	11
<i>Brigitte Aulenbacher, Michael Burawoy, Klaus Dörre und Johanna Sittel</i>	

Teil I: Öffentliche Soziologie: Grundlagen und Kontroversen

Nach dem schnellen Wachstum: Große Transformation und öffentliche Soziologie	33
<i>Klaus Dörre</i>	

Digitale Arbeit, Gewerkschaften und öffentliche Soziologie: Überlegungen zu einem inklusiven Forschungsdesign	68
<i>Hans-Jürgen Urban</i>	

Caring for a Better World? Über Care, Kapitalismus und die Soziologie	84
<i>Brigitte Aulenbacher</i>	

Die Zukunft der Soziologie	99
<i>Michael Burawoy</i>	

Die Grenzen der Soziologie	113
<i>Hans-Peter Müller</i>	

Gegenwartsdiagnose: Öffentlich und/oder Soziologie?	119
<i>Ute Volkmann</i>	

Teil II: Anwendungsfelder öffentlicher Soziologie

Boundary Negotiations: Grenzverschiebungen in den Nachhaltigkeitswissenschaften	133
---	-----

Christoph Görg

Vom <i>mit</i> und <i>für</i> zum <i>durch</i> : Zum Verhältnis vom Forschen und Beforschtwerden sowie zur Erforschung von Commons	146
--	-----

Silke Helfrich und Johannes Euler

Die Transformation nicht-nachhaltiger Lebensweisen und die Konturen einer öffentlichen Umweltsoziologie	165
---	-----

Thomas Barth

Public Sociology in der Bewegungsforschung: Zum Verhältnis von Soziologie, Gesellschaftskritik und sozialen Bewegungen	176
--	-----

Dennis Eversberg, Steffen Liebig, Matthias Schmelzer und Nina Tren

Prekarität im Dialog: Arbeitssoziologie als organische öffentliche Soziologie	189
---	-----

Ingo Singe und Johanna Sittel

Care-Revolution als Herausforderung für eine öffentliche Soziologie	201
---	-----

Tine Haubner

Öffentliche Soziologie zu <i>Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit</i>	213
---	-----

Wilhelm Heitmeyer

Teil III: Internationale Erfahrungen

Gewalt im Geschlechterverhältnis als Thema von Public Sociology	231
---	-----

Carol Hagemann-White

Selbstmord als Protest und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit: Öffentliche Soziologie für eine bessere Welt.....	243
---	-----

Margaret Abraham

Partei ergreifen: Verheißungen und Fallstricke einer öffentlichen Soziologie im Apartheid-Südafrika	260
<i>Edward Webster</i>	

Kritisches Engagement auf Feldern der Macht: Zyklen des soziologischen Aktivismus im Post-Apartheid-Südafrika	274
<i>Karl von Holdt</i>	

Public Sociology oder Politikberatung? Erfahrungen aus Argentinien	293
<i>Javier Pablo Herms</i>	

Teil IV: Öffentliche Soziologie, Medien, Politik

Sprachbarrieren	309
<i>Oliver Hollenstein</i>	

Doing Public Sociology: Das Dilemma öffentlicher Soziologie als öffentliche Nicht-Wissenschaft	319
<i>Stefan Selke</i>	

Die Public Sociology des Konvivialismus: Strategien und Probleme	335
<i>Frank Adloff</i>	

Öffentliche Sozialwissenschaft und Politik: Die Rolle der Wirtschaftswissenschaften	345
<i>Till van Treeck</i>	

Public Sociology: Eine Chance für politische Interventionen?	357
<i>Benjamin-Immanuel Hoff</i>	

Das Theater als Ort öffentlicher Soziologie	370
<i>Heinz Bude</i>	

Autorinnen und Autoren	376
------------------------------	-----

Vorwort

Mit einiger Verspätung nimmt die Debatte um *public sociology*, die in der internationalen *scientific community* seit einem guten Jahrzehnt geführt wird, auch im deutschsprachigen Raum allmählich Fahrt auf. Mit dem vorliegenden Band beabsichtigen die Herausgeberinnen¹, die Diskussion nicht nur fortzuführen, sondern auch um eine wichtige Dimension zu erweitern. Können sich Gesellschaften, die eine große, krisenhafte Transformation durchlaufen, eine Wissenschaft von der Gesellschaft leisten, die vornehmlich um sich selbst kreist und auf einen Dialog mit der Öffentlichkeit verzichtet? So lautet die implizite Frage an die Autoren des Bandes, die unterschiedlich und teilweise kontrovers beantwortet wird. Das Buch dokumentiert Teil- und Zwischenergebnisse zu einem Metathema der DFG-Kollegforschungsgruppe »Postwachstumsgesellschaften«, die am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena angesiedelt ist. Den Anlass für das Buch bot eine Tagung zu »Public Sociology – Wissenschaft und gesellschaftsverändernde Praxis«, die das Kolleg in enger Kooperation mit der Johannes Kepler Universität Linz im Januar 2015 durchgeführt hat. Die Geschichte des Buchs reicht aber noch weiter zurück. Sie beginnt mit einer Konferenz zu *precarious societies* in Johannesburg, als deren Schirmherr Michael Burawoy fungierte, an der Klaus Dörre als Referent teilnahm und die, gewissermaßen im Beiprogramm und unter dem unmittelbaren Eindruck der blutigen Ereignisse von Marikana, ein überaus inspirierendes Treffen mit der *public-sociology*-Arbeitsgruppe Johannesburg ermöglichte. Es folgten Besuche von Michael Burawoy und Eddie Webster, SWOP Johannesburg, in Jena, an denen auch Brigitte Aulenbacher und Johanna Sittel beteiligt waren. Aus diesen Treffen erwuchs die Idee zur Konferenz und auch zu dem vorliegenden Band.

¹ Als geschlechtergerechte Sprache wird in diesem Band die stochastische Form verwendet, das heißt die männliche und weibliche Form im Wechsel.

Das Buch ist, so können wir sagen, Produkt einer internationalen, Kontinente übergreifenden Zusammenarbeit. Beflügelt hat uns die außerordentlich positive Resonanz seitens der Teilnehmerinnen an der Jenaer Konferenz. An der Buchproduktion waren ebenfalls zahlreiche Köpfe und Hände beteiligt. Elisabeth Franzmann hat sich bei der Korrespondenz mit den Autorinnen, der Koordination und dem Redigieren der Buchbeiträge besonders verdient gemacht. Ihr sind wir zu besonderem Dank verpflichtet. Großer Dank gilt Cora Puk und Anna Mehliß sowie Sophie Bose, Julia Haas, Greta Hartmann, Heidemarie Schütz und Rebecca Sequeira für die Bearbeitung und Formatierung der Texte. Jan-Peter Herrmann und Marek Höhn haben bei der Übersetzung englischer und spanischer Beiträge hervorragende Arbeit geleistet. Alle Genannten haben zur Entstehung eines Buches beigetragen, dessen implizite Leitfrage eines Tages, so hoffen wir jedenfalls, mit einem Achselzucken quittiert werden wird: Benötigt eine Wissenschaft von der Gesellschaft gesellschaftliche Öffentlichkeit? Ja, was denn sonst!

*Brigitte Aulenbacher, Michael Burawoy, Klaus Dörre und Johanna Sittel,
Berkeley, Linz, Jena und Populonia im Dezember 2016*

Zur Einführung: Soziologie und Öffentlichkeit im Krisendiskurs

Brigitte Aulenbacher, Michael Burawoy, Klaus Dörre und Johanna Sittel

Es liegt noch kein Vierteljahrhundert zurück, als Francis Fukuyama in einem inzwischen weltbekannten Buch (Fukuyama 1992) das Ende der Geschichte verkündete und damit nicht nur die Soziologie, sondern auch die Sozialwissenschaften insgesamt mit einer doppelten Herausforderung, man könnte auch sagen: Abwertung, konfrontierte. Einerseits hatte der Kollaps des staatsbürokratischen Sozialismus die große Mehrzahl der Soziologen überrascht, was zu öffentlichen Zweifeln an der Prognosefähigkeit der Disziplin führte. Andererseits schien nunmehr die Zeit der großen Erzählungen endgültig vorbei. Wenn die Zukunft der kapitalistischen Moderne nur eine – vielleicht ein wenig modifizierte – kapitalistische Moderne sein konnte, so war, wie viele meinten, in der Soziologie und in den Sozialwissenschaften allgemein Bescheidenheit angesagt. Da ohnehin nicht viel mehr blieb, als den Dschagannath-Wagen der Moderne (Giddens 1995) in seiner unaufhaltsamen Fahrt hin und wieder ein wenig in der Richtung zu beeinflussen, konnte die Soziologie Ansprüche, zur »Besserung von Gesellschaft« (Eßbach 2014: 33) beitragen zu wollen, getrost ignorieren und sich stattdessen der Ausdifferenzierung ihrer Forschungsgegenstände und Methoden widmen. Als Krisenwissenschaft wurde sie offenbar nicht mehr gebraucht und für die Einlösung des sozialtechnokratischen Steuerungsanspruchs, der nach der Revolte von 1968 in vielen Ländern zu einer Expansion des Fachs geführt hatte, fehlten ihr schlicht die Partner in Politik und Zivilgesellschaft. Derart sich selbst überlassen, war die Frage nach geeigneten Öffentlichkeiten für ihre Forschungen aus Sicht zahlreicher Soziologinnen schlicht irrelevant. Wer nicht gebraucht wurde, musste nach Öffentlichkeit nicht streben, und wer es dennoch tat und seine wissenschaftliche Reputation nutzte, um im öffentlichen Raum präsent zu sein,

war häufig – Ausnahmen bestätigen die Regel – auf Distanz zu praktischen Verwendungszusammenhängen bedacht.¹

1. The (Sociological) Revolution Can (Not?) Be Televised

Spätestens seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 tragen solche Grundhaltungen nicht mehr. Das spüren viele im Fach, doch auch und gerade in Deutschland fällt es offenbar schwer, disziplinäre Weichenstellungen und Wissenschaftstraditionen zu verändern. Als Immanuel Wallerstein, Michael Mann, Randal Collins, Georgi Derluguian und Craig Calhoun – allesamt anerkannte Größen im Fach – ihren »Weckruf an die Sozialwissenschaften« veröffentlichten (Wallerstein u.a. 2013), verhallte dieser in Deutschland weitgehend ungehört. Dabei schien das, was die Autoren des »Weckrufs« zu sagen hatten, nach soziologischer Debatte geradezu zu schreien, und in konstruktiver Kontroverse deuteten sie an, welche Fragen in einer solchen Diskussion zu klären wären. Wallerstein und Collins interpretieren die Zäsur von 2008/09 als Vorspiel für den unumkehrbaren Niedergang des gesamten kapitalistischen Weltsystems. Eine große Systemkrise erwarten die beiden Autoren in der Zeit zwischen 2030 und 2050. Mann und Calhoun widersprechen mit guten Argumenten, halten eine Revitalisierung des Kapitalismus für möglich, wissen sich mit ihren Kontrahenten aber darin einig, dass wir uns inmitten einer bereits im Gange befindlichen großen gesellschaftlichen Transformation befinden, die auch das Selbstverständnis von Wissenschaft allgemein und von Soziologie im Besonderen berührt. Sieht man von prominenten Ausnahmen wie etwa Wolfgang Streeck (2015) ab, so wird das im Fach selbst öffentlich aber kaum thematisiert. Sicher, auch in Deutschland können Soziologen nach langer Zeit das K(apitalismus)-und-K(risen)-Vokabular wieder benutzen, ohne gleich schädliche Folgen für die wissenschaftliche Karriere fürchten zu müssen. Mehr noch, Kapitalismus- und Gesellschaftskritik

1 Zu den wenigen Ausnahmen gehören weltbekannte Persönlichkeiten wie Ulrich Beck, Pierre Bourdieu, Anthony Giddens oder – sofern man ihn zu den Soziologen zählen möchte – Jürgen Habermas, die mit ihren Zeitdiagnosen nicht nur das Fach, sondern ebenso die Gesellschaft aufgerüttelt haben und bis dato sozialwissenschaftlich kaum beachteten oder vergessenen Themen wie ökologischen Risiken, Prekarität u.a.m. zu neuer Bedeutung verholfen haben.

sind wieder hoffähig geworden und haben Eingang auch in die Feuilletons der Qualitätspresse gefunden.

Man kann als Soziologin und Sozialwissenschaftlerin öffentlich über das vermeintlich bevorstehende Ende des Kapitalismus räsonieren oder gar behaupten, dass wir uns längst auf eine andere, eine nachkapitalistische Gesellschaft zubewegen – all das bleibt aber zumeist merkwürdig konsequenzlos. Mitunter gewinnt man den Eindruck, als überbiete sich die akademische Kapitalismuskritik im ständigen Ringen um Originalität geradezu in (schein)radikalen Posen. Doch ihr Schicksal ist häufig genug dasjenige, welches Revolutionäre in der Rock- und Popmusik seit langem beklagen. »Revolution can not be televised«, verkündete Gil Scott-Heron, der Urvater des Hip-Hop seinerzeit optimistisch. »The Revolution *will* be televised«, schallt es vom jüngsten Album des Blues-Gitarristen Jeff Beck (gemeinsam mit Carmen Vandenberg und Rosie Bones) zurück. Weit davon entfernt, den Mainstream des Fachs zu bestimmen, geht es soziologischer Kapitalismusanalyse und -kritik ähnlich. Intellektuell brillant, gut formuliert und – zumindest scheinbar – möglichst weit entfernt von dem, was im politischen Raum zur Entscheidung ansteht, kann sie mitunter selbst in Deutschland Preise gewinnen. Aber besitzt sie deshalb tatsächlich eine öffentliche Stimme, die ernst genommen wird? Und vermag sie, sofern sie diesen Anspruch überhaupt erhebt, Einfluss auf die im Gange befindliche gesellschaftliche Transformation oder zumindest auf die Debatte über diesen Wandel zu nehmen?

Der vorliegende Band beinhaltet einen Versuch, diese Fragen zumindest anzugehen. Er umreißt – in konzeptuellen Beiträgen, mit durchaus unterschiedlichen Begründungen, über die Präsentation praktischer Beispiele und gelegentlich durchaus kontrovers – das Projekt einer *public sociology*, deren vornehmstes Anliegen darin besteht, soziologischer Forschung und Expertise im gesellschaftlichen Umbruch öffentlich Gehör zu verschaffen. Damit bewegen sich die Autorinnen in eine internationale Diskussion hinein, welche öffentliche Soziologie als Modus der Wissensproduktion anerkennt, der die professionelle, die angewandte² und die kritische Soziologie voraussetzt, aber dennoch etwas Eigenes, etwas Besonderes verkörpert. Während die professionelle Soziologie Forschungsprogramme realisiert und die dazu nötigen Begriffe, Theorien, Prämissen

2 Da »politische Soziologie« im Deutschen bereits fest mit dem Forschungsfeld der Politik assoziiert ist, wird Michael Burawoys *policy sociology* in diesem Band als angewandte (politikberatende) Soziologie übersetzt.

und Fragestellungen generiert, leistet die angewandte Soziologie den Transfer soziologischen Wissens an diverse Klienten. Die kritische Soziologie fungiert für beide Ausprägungen soziologischen Wissens als Reflexionsinstanz (Burawoy 2015: 65, 74). Öffentliche Soziologie setzt die professionelle, die angewandte und die traditionelle kritische Soziologie voraus, fügt ihr jedoch etwas Neues hinzu. Aufgabe einer *public sociology* ist es, die »Soziologie in ein Gespräch mit Öffentlichkeiten« zu bringen (Burawoy 2015: 56). Sie ist ein Versuch, die Interaktionen von Wissenschaftlerinnen und die Praxis sozialer Akteure auf eine neue Grundlage zu stellen, indem sie die Veränderungen im wissenschaftlichen Feld zum Ausgangspunkt nimmt.

Eine neue Welle der *marketization* (Burawoy), der Ökonomisierung (Aulenbacher) oder auch der kapitalistischen Landnahme (Dörre, Sittel) ist dabei, den Elfenbeinturm reiner Wissenschaft unwiderruflich zu zerstören. Die Sozial- und Geisteswissenschaften sind davon in ihrer Existenz bedroht. Im angelsächsischen Sprachraum, sei es, so der Kulturwissenschaftler Terry Eagleton, durchaus denkbar, dass es in absehbarer Zeit an den Universitäten keine institutionell abgesicherten Geisteswissenschaften mehr geben werde. In Deutschland sind wir von solchen Horrorszenarien noch weit entfernt und die Kommodifizierung der Hochschulen ist trotz aller Parallelen deutlich weniger vorangeschritten als in Großbritannien oder in den USA. An der Grundaussage ändert das jedoch wenig. Der Elfenbeinturm reiner Wissenschaft zerfällt und alle ständischen Versuche ihn wiederherzustellen, werden scheitern. Dies zu erkennen, erschließt die Möglichkeit zu einer *public sociology*, deren Grundidee besagt, dass die veränderte Wissensproduktion im sozialwissenschaftlichen Feld ein grundsätzliches Interesse von Soziologen konstituiert, mit anderen gesellschaftlichen Akteuren zu interagieren, die sich der Kommodifizierung des Wissens aus fachlichen Gründen widersetzen. Diese Überlegung betrifft das Fach insgesamt. Die Soziologie kann, diese Prämisse teilen alle Herausgeberinnen, künftig nur als Anwältin einer Zivilgesellschaft bestehen, die das Soziale gegen die »Tyrannei des Marktes und des staatlichen Despotismus« (Burawoy 2015: 89) verteidigt. Aber wie, in welcher Weise kann das geschehen, ohne dem »can be televised« im Erfolgsfall Tür und Tor zu öffnen? Und, skeptischer noch, ist der Erfolg einer öffentlichen Soziologie überhaupt möglich?

Ein erster, notgedrungen oberflächlicher Blick auf die deutsche Soziologie stimmt nicht allzu optimistisch. Während die Debatte um eine öffent-

liche Soziologie in der transnationalen *scientific community* und im Kontext der International Sociological Association (ISA) schon seit mehr als zehn Jahren mit großer Resonanz und überaus kontrovers geführt wird³, ist sie im deutschsprachigen Raum bislang trotz erfreulicher Bemühungen (zum Überblick: Aulenbacher/Dörre 2015) noch nicht so recht in Gang gekommen. Im Fach selbst gibt es erhebliche Skepsis, ob die zeitgenössische Soziologie überhaupt Wissen produziert, das in größeren Öffentlichkeiten Beachtung finden könnte. Soziologen, die qua fachlicher Reputation eine öffentliche Stimme besitzen und sich deshalb jederzeit zu wichtigen Fragen gesellschaftlicher Entwicklung äußern können, gelten als Ausnahmen, gegenüber denen die breite Masse der Fachvertreter deutlich abfällt.⁴ Auch hält sich hartnäckig das – konzeptuell unbegründete – Vorurteil, öffentliche Soziologie sei vor allem ein Weg, fachliche Qualitätsstandards zu umgehen. Vor allem jedoch gibt es begründete Zweifel, ob in der Gegenwart überhaupt eine Öffentlichkeit existiert, die in der Lage wäre, gute soziologische Forschungen in ihrer Differenziertheit und Komplexität angemessen zu würdigen. All diese Vorbehalte und Kritiken tauchen auch in der internationalen Debatte auf, in der deutschsprachigen *community*, so scheint es, besitzen sie jedoch eine besondere Beharrungskraft.

Aus diesem Grund halten wir es für sinnvoll, eingangs einen Blick auf das wissenschaftliche Feld, aber auch auf den neuerlichen Strukturwandel der Öffentlichkeit zu werfen, der die Selbstwahrnehmung von Soziologinnen erheblich prägt. Wir beschränken uns dabei auf einige Überlegungen, die uns wichtig erscheinen und erheben keineswegs den Anspruch, über *die* Soziologie sprechen oder *das* Fach insgesamt vermessen zu wollen. Stattdessen argumentieren wir im Kontext eines Projekts, das – aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert – explizit den Anspruch erhebt, in der Auseinandersetzung mit den krisenhaften gesellschaftlichen Umbrüchen der Gegenwartsgesellschaft soziologische Expertise zu entwickeln und diese in geeigneter Form relevanten Öffentlichkeiten zugänglich zu machen. Gemeint ist die Jenaer Kollegforscherinnengruppe »Postwachstumsgesellschaften«, der die Herausgeberinnen in unterschiedlichen

3 Nicht nur rückblickend erweist sich die Frage nach dem Verhältnis von Soziologie und Gesellschaft hier als bedeutend. Ihre Relevanz lässt sich auch am Thema des XIX ISA World Congress of Sociology Toronto 2018 »Power, Violence and Justice: Reflections, Responses and Responsibilities« ablesen, das Margaret Abraham (siehe auch den Aufsatz in diesem Buch) entwickelt hat.

4 Vgl. dazu den Beitrag von Hans-Peter Müller in diesem Band.

Rollen verbunden sind.⁵ Das Kolleg verfolgt als Zielstellung explizit, die Debatte um die Krise des Wachstumskapitalismus in enger Kooperation mit einem internationalen Netzwerk von Instituten zu verfolgen, die sich einer kritischen *public sociology* widmen. Dieses Netzwerk soll dazu beitragen, Möglichkeiten einer Transformation hin zu Postwachstumsgesellschaften in einem globalen Dialog zu bearbeiten. Das Kolleg will den Rahmen für Denkexperimente schaffen, die uns die Chance eröffnen, soziologische Expertise in international geführte Kontroversen um die Zukunft moderner Gesellschaften einzubringen.

2. Krisenwissenschaft ohne Krisenbegriff?

Warum fällt es gerade deutschsprachigen Soziologen so schwer, das Konzept einer öffentlichen Soziologie produktiv zu diskutieren? Eine naheliegende Antwort könnte auf die von Max Weber begründete liberal-konservative Tradition des Fachs und den mit ihr verbundenen, häufig allerdings sehr eng ausgelegten Begriff der Werturteilsfreiheit von Sozialwissenschaft verweisen. Doch allein auf diese Tradition und ihre unbestreitbare Gravitationskraft abzustellen, greift letztendlich zu kurz. Das Problem ist auf einer anderen Ebene angesiedelt. Wir wollen das ohne Anspruch auf Vollständigkeit anhand von drei Überlegungen verdeutlichen.

Das (1) vermeintliche Ende der Geschichte hat (nicht nur) die deutsche Soziologie eingeholt. Wissenschaftlerinnen, welche die Evolution sozialer Formationen als abgeschlossen betrachten, schreiben sozialen Krisen, wo und wann immer sie auftreten mögen, keinen systemgefährdenden Charakter zu. Eine Soziologie, die so verfährt, wird jedoch tendenziell zu einer Krisenwissenschaft ohne Krisenbegriff. Dieses Dilemma betrifft die Modi soziologischer Wissensproduktion allerdings in unterschiedlicher Weise. Die professionelle Soziologie kennt viele Krisen. Die Vorstellung einer systemischen Gesellschaftskrise ist ihr jedoch spätestens seit der Implosion

5 Brigitte Aulenbacher und Michael Burawoy gehören dem Kolleg als Permanent Fellows und Impulsgeber an, Johanna Sittel war längere Zeit Mitarbeiterin im Kolleg und arbeitet nun im Forschungsprojekt »Sozial-ökologische Widersprüche kapitalistischer Landnahme in Patagonien« und Klaus Dörre ist, gemeinsam mit Hartmut Rosa und dem Special Fellow Stephan Lessenich, Antragsteller und derzeit Sprecher des Kollegs.

des staatsbürokratischen Sozialismus abhandeln gekommen. Deshalb verfügt sie gegenwärtig über keinen Krisenbegriff, der es ihr ermöglichen würde, die im Gange befindlichen Umbrüche zu deuten. Ein flüchtiger Blick in die Schlagwortregister jüngerer Hand- und Wörterbücher der Soziologie belegt, dass die Kategorie der Krise, wenn überhaupt, allenfalls am Rande vorkommt. Und dort wo sie auftaucht, handelt es sich nicht um einen Schlüsselbegriff soziologischer Expertise.⁶ Auch der Soziologiekongress zu Trier, der sich – das Defizit vor Augen – eine ganze Woche mit diversen Krisen beschäftigte, hat daran – vorerst – wenig geändert. Ein wichtiger Grund hierfür ist, dass sich Soziologinnen wechselseitig nicht ernst nehmen. Natürlich ist es im Rahmen eines Soziologiekongresses möglich, über eine systemische Krise oder gar das Ende des Kapitalismus zu sprechen. Allein, das Gesagte regt häufig nicht einmal die potenziellen konservativen Gegenspieler auf. Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Man mag eine Diagnose für völlig falsch und in ihren Konsequenzen für politisch gefährlich halten, doch man sagt das lieber hinter vorgehaltener Hand. Könnte man doch dem Widerpart durchaus als Gutachter von Forschungsanträgen oder im Review-Verfahren referierter Journals begegnen.

Die beratende Soziologie verfährt anders. Sie macht die Krisen zum Beratungsgeschäft. Hier haben, trotz vorübergehender Reputationsverluste, allerdings noch immer neoklassische Ökonomen mehr als nur eine Nase vorn.⁷ Krisen entstehen für diese Ökonomen aus Markt-, vor allem aber aus Staatsversagen. Die europäische Krise sei, wie der marktradikale Ökonom Hans-Werner Sinn (2013: 103) schreibt, von Staaten und Bevölkerungen verursacht worden, die – wie Griechenland – »durch den billigen Kredit, den der Euro brachte, zu teuer geworden« seien, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Weil sie über ihre Verhältnisse gelebt hätten, müssten diese Länder nun einer Austeritätskur unterworfen werden, um die Krise zu beenden. Wir alle sind zu Zeugen in einem Labor geworden, in welchem die aus der marktorthodoxen Diagnose abgeleitete Therapie höchst praktisch, das heißt am Beispiel ganzer Bevölkerungen, getestet wurde. Dort, wo sich das Austeritätsdiktat durchsetzte, wirkte es »in gesellschaftlicher und ökonomischer Hinsicht desaströs« (Galbraith 2016: 11). Das ändert nichts daran, dass Spitzenpolitiker wie der deutsche

6 Als Beispiele für – ansonsten sehr gute – soziologische Hand- und Wörterbücher seien genannt: Lamla u. a. 2014; Endruweit u.a. 2014.

7 Vgl. den Beitrag von Till van Treeck in diesem Band.

Finanzminister Schäuble das Austeritätsrezept unverändert zum einzig möglichen erklären. Dabei verschweigen die Propagandisten des »Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt« geflissentlich, dass große Bevölkerungsteile besonders in der unteren Hälfte der Gesellschaft und in den Krisenländern ihre Gürtel vor allem deshalb enger zu schnallen haben, weil sie so die Vermögen kleiner Minderheiten retten sollen, »die selbst viel größere Hosen tragen und keinerlei Willen erkennen lassen, an der Lösung des Problems mitzuwirken« (Blyth 2013: 49).

Das gescheiterte Versprechen ökonomischer Austerität enthält (2) eine Steilvorlage für eine reflexive, kritische Soziologie – so sollte man meinen. Doch auch die gesellschaftskritische Soziologie hat der marktradikalen Theodizee derzeit wenig entgegenzusetzen. In Deutschland hatte sie sich in ihrer durch die Frankfurter Schule repräsentierten Hauptströmung frühzeitig von einem sozioökonomisch fundierten Krisenbegriff verabschiedet. Infolge der Expansion des Wohlfahrtsstaates galten ihr ökonomische Krisen als prinzipiell beherrschbar und industrielle Klassenkonflikte als befriedet. Die kulturalistische Wende in der Soziologie und die im deutschsprachigen Raum besonders ausgeprägte Hegemonie antiproduktivistischer Theoreme beförderten diese Tendenz zusätzlich. Als Folge erkannten kritische Soziologinnen zahlreiche Krisen – die von Arbeit und Arbeitsgesellschaft oder auch die von Natur, Geschlechterverhältnissen oder politischen Systemen. Dass ökonomische Krisenphänomene die Qualität systemischer Bedrohungen annehmen konnten, galt jedoch zumindest mit Blick auf die kapitalistischen Zentren als mehr oder minder ausgeschlossen. Selbst an den Rändern der offiziellen Soziologie, wo die Überreste eines akademischen Marxismus mit ihrer Hinwendung zur französischen Regulationstheorie ein Schattendasein fristeten, implizierte der Bruch mit einem ökonomistischen Kapitalismusverständnis zugleich die Abkehr von der Vorstellung eines möglichen Endes der kapitalistischen Produktionsweise.⁸ Die Konzeption einer zwar krisenhaften, aber dennoch auf Dauer gestellten kapitalistischen Dynamik war und ist jedoch höchst voraussetzungs-voll. So setzt die Theorie eines wohlfahrtsstaatlichen *Spätkapitalismus*, der

⁸ Auf der Suche nach neuen Kompromissformeln »jenseits des Fordismus« geriet die Regulationstheorie, wie Alex Demirović schreibt, gegen ihre eigenen Intentionen in die Nähe zu affirmativer Systemtheorie »wie sie a) keine Krisendynamik in den Blick nehmen kann, die die verschiedenen Regulations- und Entwicklungsweisen übergreifen und mit einer langfristigen und internen Krisentendenz verbunden sind, und b) keinen Begriff für ein mögliches Ende der kapitalistischen Produktionsweise hat« (Demirović 2016: 34).

Klassenkonflikte entschärft und entdramatisiert, als Prämisse voraus, dass ökonomisches Wachstum im Grunde nahezu beliebig in die Zukunft verlängert werden kann. Und auch für regulationstheoretische Ansätze ist die Generierung wirtschaftlicher Prosperität vor allem eine Frage gesellschaftlich umkämpfter, aber prinzipiell möglicher Kompromissbildungen. Was geschieht jedoch, wenn die kapitalistische Wachstumsmaschine dauerhaft ins Stocken gerät? Wie ist gesellschaftstheoretisch zu verarbeiten, dass ein vermeintliches Ende der Geschichte in eine Wiederkehr von Krieg, imperialer Herrschaft, bedrückender Ungleichheit und schlimmsten Formen der Ausbeutung umschlägt?

Auf solch vermeintlich einfache Fragen verweigert selbst die kritische Theorie und Soziologie überwiegend die Antwort. Immerhin gibt es (3) Bewegung im akademischen Feld. Angesichts zahlreicher Krisen hat in der kritischen Soziologie wieder eine Debatte um die Legitimationsressourcen der kapitalistischen Gesellschaftsformation eingesetzt. Dabei zeichnet sich eine Diskursformation ab, die für die deutschsprachige Soziologie geradezu charakteristisch ist. Um selbst innovativ zu sein, greift sie auf Wissensbestände zurück, die in Deutschland zuvor allenfalls von wenigen marxistischen Marktkritikern am Rande der *scientific community* beachtet wurden (Altwater 1987). Gemeint ist Karl Polanyis *The Great Transformation* (Polanyi 1995 [1944]), die auch international zur gegenwärtig wohl wichtigsten theoretischen Referenz der zeitgenössischen kapitalismuskritischen Diskussion geworden ist (Fraser 2011: 137ff.; kritisch: Kocka 2013: 18 f.). Mit Polanyi zu argumentieren, gehört in der *economic sociology* und der Internationalen Politischen Ökonomie mittlerweile zum Standard des Fachs. In Anlehnung an Polanyi wird die Entwicklung des internationalen Kapitalismus von vielen Interpretinnen als Doppelbewegung beschrieben. Durch marktradikale Ideologien forciert, werden marktbegrenzende Institutionen und Organisationen geschwächt, Märkte sozial entbettet und marktabhängige Individuen oder Gruppen einem Wettbewerbsprinzip ausgesetzt, das permanent Gewinner und Verlierer erzeugt. Das *disembedding* von Märkten, als dessen Folge die fiktiven Waren Arbeit, Boden und Geld so behandelt werden, als seien sie Waren wie jede andere, löst inzwischen nicht nur Krisen im globalen Maßstab, sondern auch Gegenbewegungen aus, die sich primär von unten bilden.

Mit der konstatierten Doppelbewegung verbindet sich eine sozialwissenschaftliche Kapitalismuskritik, die nicht an klassenspezifischen Ungleichheiten und Ausbeutung, sondern an den gesellschaftszerstörenden

Konsequenzen freier Märkte ansetzt. Für Polanyi liefern Klasseninteressen »bloß eine begrenzte Erklärung für langfristige gesellschaftliche Entwicklungen« (Polanyi 1995 [1944]: 210), denn klassenspezifische Teilinteressen müssen letzten Endes immer »auf eine Gesamtsituation bezogen sein« (ebd.). Zudem sind Klasseninteressen »vor allem auf Geltung und Rang, auf Status und Sicherheit« gerichtet, das heißt, »sie sind in erster Linie nicht ökonomischer, sondern gesellschaftlicher Natur« (ebd.: 212). Ein allzu eng gefasster Interessenbegriff muss daher nach Polanyi zu einer »verzerrten Vorstellung der sozialen und politischen Geschichte führen« (ebd.: 213), denn er blendet aus, dass rein ökonomische Sachverhalte für das Klassenverhalten weit weniger relevant sind »als Fragen gesellschaftlicher Anerkennung« (ebd.: 212).

Die relativ breite Polanyi-Rezeption, an der auch die Herausgeberinnen des vorliegenden Bandes in unterschiedlicher Weise beteiligt sind, stellt insbesondere für die deutschsprachige Soziologie einen wichtigen Schritt hin zu einem angemessenen Verständnis der krisengeprägten gesellschaftlichen Transformation dar. Doch so brillant Polanyis Analyse des fiktiven Charakters der Waren Arbeit, Boden und Kapital auch ausfällt, so wenig aussagekräftig ist sie hinsichtlich der systemischen Triebkräfte, die sich hinter dem expansiven Markt- und Wettbewerbsprinzip und dessen tiefer Krise verbergen. Denn es ist keineswegs so, dass sich die expansionistische Tendenz des Kapitalismus ausschließlich über Marktvergesellschaftung durchsetzt. Um *marketization* als Krisentreiber angemessen erfassen zu können, muss der Modus Operandi von feldspezifischer Kommodifizierung präzise und mittels empirischer Forschungen analysiert werden. Sobald man sich auf die empirisch fassbare Realität der sogenannten Vermarktlichung einlässt, wird man aber feststellen, dass häufig nicht der Markttausch als solcher, sondern lediglich das Wettbewerbsprinzip verallgemeinert wird. Im Wettbewerb schreiben die Starken den Schwachen vor, welches Leben sie zu führen haben. Selbst in der Privatwirtschaft wird dieses Wettkampfprinzip mit rigiden bürokratischen Mitteln (Kennziffern, Dokumentationspflichten, Zielvereinbarungen und rigider Überwachung) kombiniert. Arbeiter in Großunternehmen spüren weniger den unmittelbaren Druck des Marktes als die Last bürokratischer Kennziffersysteme, die sie mit der Steigerungslogik des »immer mehr und nie genug« konfrontieren. Außerhalb der Privatwirtschaft, etwa im Bereich universitärer Wissenschaft, sind es allenfalls Quasimärkte, in denen um öffentliche Mittel konkurriert und Wettbewerb mittels bürokratisch durchgesetzter Budgetierung erzeugt wird.

(Aulenbacher u.a. 2015). Derartiges lässt sich auf der Meso- und Mikroebene nur mittels feldspezifischer Feinanalyse erforschen, für die Polanyis Ansatz im Grunde zu ungenau ist. Deshalb steht auch die kritische Soziologie bei der Durchdringung der krisenhaften gesellschaftlichen Transformation noch ganz am Anfang. Ihre Funktion als Reflexionsinstanz der professionellen Soziologie vermag sie daher nicht oder allenfalls punktuell zu erfüllen.

3. Öffentliche Soziologie ohne (Gegen-)Öffentlichkeit?

Dennoch, auch das machen einige Beiträge im vorliegenden Band deutlich, hat es eine kritische öffentliche Soziologie in Deutschland ungeachtet aller Widrigkeiten immer gegeben. Eines der wichtigsten Projekte, das den Anspruch einer *public sociology* explizit verfolgt hat und dem deshalb auch aus der Perspektive professioneller Soziologie exemplarische Bedeutung zugesprochen wurde (Neidhardt 2012), sind die von Wilhelm Heitmeyer geleiteten Forschungen zu *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* (GMF).⁹ Über zehn Jahre hinweg hat die Forschungsgruppe die Herausbildung von Einstellungsmustern und Orientierungen nachgezeichnet und eine Entwicklung prognostiziert, die in der jüngeren Vergangenheit eskaliert ist. Mit PEGIDA, der Alternative für Deutschland (AfD) oder auch Vigilantengruppen, die Gewalt gegen Fluchtmigranten und Andersdenkende ausüben, sind in Deutschland polanyische Gegenbewegungen antidemokratischen Typs entstanden. Das Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen und ihrer parlamentarischen Vertreter macht auf ein Problem aufmerksam, das überwiegend außerhalb der Soziologie und des wissenschaftlichen Feldes angesiedelt ist. Heitmeyers Forschungsgruppe hatte, wie andere Wissenschaftlerinnen auch, vor dem Extremismus der Mitte und einer um sich greifenden rohen Bürgerlichkeit gewarnt, die zur Herausbildung eines autoritären Kapitalismus führen könne. Genützt hat das in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit – zumindest auf den ersten Blick – wenig. Verantwortliche in den sogenannten Leitmedien reagierten mit Alarmismusvorwürfen und, weil sie die inhaltliche Auseinandersetzung obsolet macht, stets beliebter Methodenkritik. Die *public sociology Gruppenbezogener Menschen-*

⁹ Vgl. den Beitrag von Wilhelm Heitmeyer in diesem Band.

feindlichkeit wirkte zwar durchaus öffentlich, als gesellschaftliche Frühwarninstanz, die geeignete Maßnahmen zur Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft auszulösen in der Lage gewesen wäre, konnte sie nur versagen. Versagt haben aber nicht die Wissenschaftlerinnen, versagt haben die einschlägigen Teilöffentlichkeiten und ihre Repräsentanten, die nicht in der Lage waren, die breite Informationsbasis, die soziologische Forschung anbot, angemessen zu verarbeiten.

Diese Feststellung verweist auf ein Phänomen, das über den Fall hinaus Relevanz besitzt und in den Debatten um eine öffentliche Soziologie noch viel zu wenig beachtet wird. Für eine *public sociology* ist zunehmend unklar, an welche Öffentlichkeiten sie sich mit ihren Anliegen überhaupt wenden kann. Die gesellschaftliche Öffentlichkeit, im Sinne von Habermas verstanden als diskursiver Raum, der an der Nahtstelle von Normengenerierung und staatlicher Strukturbildung angesiedelt ist und diese im optimalen Fall demokratisch zu kontrollieren vermag, ist selbst Objekt von Kommodifizierung, von *marketization*, Ökonomisierung und neuer Landnahme. Um dies aufzuarbeiten, müsste im Grunde der *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (Jürgen Habermas) neu geschrieben werden. Zur Plausibilisierung beschränken wir uns an dieser Stelle wiederum auf drei Überlegungen.

Häufig werden Anspruch und Wirksamkeit öffentlicher Soziologie (1) daran gemessen, ob und welche Resonanz Forschungen in den gesellschaftlichen Leitmedien erfahren. Insofern besitzt der Qualitätsjournalismus durchaus Definitionsmacht, wenn es darum geht, Aufmerksamkeit zu erzeugen oder gar wissenschaftliche Reputation in Prominenz zu verwandeln.¹⁰ Prominenz entsteht aus einer Wahlverwandtschaft von hervorstechenden Persönlichkeiten im Wissenschaftssystem und Einpassung in einen von Leitmedien definierten gesellschaftlichen Grundkonsens. Prominente zeichnen sich dadurch aus, dass es in der Öffentlichkeit nicht mehr in erster Linie darum geht, *was* gesagt wird, sondern *wer* es sagt. Gleich zu welchem Thema und egal was gesprochen wird – es erlangt Bedeutung durch den, der es sagt. Dieses Kriterium der Prominenz können – gleich wie sie sich anstrengen – nur wenige Soziologen erfüllen. Diejenigen, die zu Prominenten werden, müssen sich indessen um ihre Öffentlichkeit nicht mehr sorgen. Sie sind im traditionellen Sinne öffentliche Intellektuelle, öffentliche Soziologen. Unterhalb dieser Schwelle existieren verschiedene Ausprägungen von Bekanntheit und öffentlich aner-

10 Siehe dazu u.a. den Beitrag von Oliver Hollenstein in diesem Band.

kannter Expertisefähigkeit für spezifische Themenbereiche. Hier wird die Gruppe der anerkannten Soziologinnen schon beträchtlich größer.

Die Hierarchie öffentlicher Wahrnehmung ließe sich noch erheblich detaillierter beschreiben, doch entscheidend für die Gegenwart ist etwas anderes. In den Zeiten von Privatfernsehen und Internet begrenzt sich der Wirkungsraum der sogenannten Leitmedien immer stärker auf die gesellschaftlichen Positionseliten, insbesondere die politische Klasse, ihre Apparate und die stichwortgebenden Intellektuellen. Das beschwört die Gefahr der Herausbildung eines selbstreferentiellen Subsystems herauf. Zugang zu dieser Teilöffentlichkeit erlangt nur, wer und was ihrem – sicherlich umkämpften – Grundkonsens entspricht; wer und was abweicht, wird – wie etwa die ungeliebten Befunde zu GMF – wenn schon nicht ausgegrenzt, so doch an den Rand gedrängt oder auf andere Weise unschädlich gemacht. Derartig eingeengt, verliert die Öffentlichkeit der Leitmedien sukzessive ihre regulative Funktion. Unterhalb dieser Teilöffentlichkeit vollzieht sich – vorangetrieben durch den kommerziellen Druck auf Printmedien und öffentliche wie private Sender, die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse von Journalisten und die Banalisierung von Inhalten in den kommerzialisierten Medien – ein regelrechter Zerfall bürgerlicher Öffentlichkeit. Mit dem Internet entstehen zugleich neue Jedermanns-Öffentlichkeiten, die als demokratische Foren, aber auch als Katalysatoren einer fiktiven Wirklichkeit fungieren können, die sich jedoch jeder demokratischen Kontrolle und damit verbundenen Wahrheitsprüfungen entzieht. Was in den Öffentlichkeiten des Elitendiskurses verhandelt wird, hat für diese neuen Teilöffentlichkeiten häufig genug keine Bedeutung oder dient allenfalls als negative Kontrastfolie (»Lügenpresse«). In derart fragmentierten Öffentlichkeiten einen soziologischen Diskurs über eine große gesellschaftliche Transformation führen zu wollen, ist mehr als ambitioniert.

Im Grunde ist ein Transformationsdiskurs (2) nur möglich, wenn, wie zahlreiche Beiträge in diesem Band verdeutlichen, die traditionelle *public sociology* um verschiedene organische öffentliche Soziologien erweitert wird, die mit je eigenen Teil- und Gegenöffentlichkeiten kommunizieren. Dies zu erreichen, ist im deutschsprachigen Raum besonders schwer, weil nicht nur die professionelle, sondern auch die kritische Soziologie ein solches Verständnis rundheraus ablehnt, wenngleich sie es häufig unter der Hand stillschweigend dennoch praktiziert. Aufgabe kritischer Soziologie sei es – so Claus Offe, selbst Fellow im Kolleg, in einem sehr inspirierenden

Kommentar während einer Book Lounge im Rahmen des Wiener ISA-Forums zu *public sociology*¹¹ –, *Lügen* zu dekonstruieren. Als Beispiele führte er den Kulturrassismus eines Thilo Sarrazin (»einfache Lüge«) und die europäische Austeritätspolitik (»komplexe Lüge«) an – beides Mythen, die es wissenschaftlicher Kritik und Aufklärung zu unterziehen gelte. Diese Aufgabenstellung entspricht der einer klassischen sozialwissenschaftlichen Ideologiekritik. Deren Absicht ist sicher löblich und sie geht weit über ein professionelles Verständnis hinaus, das etwa die Auseinandersetzung mit Sarrazins Thesen im Rahmen eines Soziologiekongresses für »nicht geboten, weil zu offenkundig politisch« hält.¹² Doch die ideologiekritische Absicht sieht sich mit dem zentralen Problem konfrontiert, das alle Sozialwissenschaft einholt, die eine Dekonstruktion vermeintlich falschen Bewusstseins oder falscher Behauptungen zu ihrem Hauptanliegen macht. Bloße Ideologiekritik unterlässt es, nach dem *wahren Kern* des Kritisierten zu fragen; sie vermag nicht zu klären, warum die Lüge wirkt, obwohl sie eine Lüge ist. Und sie übersieht, dass auch das Anliegen soziologischer Aufklärung häufig genug mit ausschließenden Praktiken belastet ist. Um dergleichen zu vermeiden, kommt eine öffentliche Soziologie in gesellschaftskritischer Absicht nicht umhin, sich mit subalternen Gruppen auszutauschen. Erst das lässt sie zu einer organischen *public sociology* werden, die die Grenzen einer traditionellen öffentlichen Soziologie zu überschreiten vermag.

In dieser Auffassung einer kritischen und zugleich organischen öffentlichen Soziologie ist eine Wechselbeziehung von empirischer Recherche und wissenschaftlich begründeter Sozialkritik angelegt, die sich zwingend an den Standards zu orientieren hat, wie sie seitens der professionellen Soziologie definiert werden. Empirische Forschung folgt dem Neutralitätsgebot, wird ergebnisoffen betrieben und ist insofern kritisch, als sie deskriptiv von einer »einfachen Außenposition« (Boltanski 2010: 28) aus betrieben wird. Eine ausbeutungs- und herrschaftskritische Soziologie, die systematisch nach Ansatzpunkten für Kritik fragt, muss hingegen eine »komplexe Außenposition« (ebd.) einnehmen, die theoretische Rahmung

11 Going Public – Going Global. Michael Burawoy's Public Sociology, Publishers' Lounge with Margaret Abraham, Michael Burawoy, Claus Offe and Hans-Jürgen Urban, organised by Brigitte Aulenbacher and Klaus Dörre, 3rd ISA Forum of Sociology Vienna, July 13th, 2016.

12 Dies war eine Ansicht, mit der Michael Burawoy während des Frankfurter Soziologiekongresses der DGS konfrontiert wurde.

voraussetzt. Da Ausbeutung und Herrschaft in der Regel verdeckt geschehen, sind sie allein mit den Mitteln einer beschreibenden Soziologie nicht zu erfassen. Eine »komplexe Außenposition« einzunehmen bedeutet für eine herrschaftskritische öffentliche Soziologie zum einen, sich mit den nötigen empirischen Daten zu versorgen, um sich ein möglichst konkretes Bild von der kritisierten Gesellschaft zu machen; zum anderen muss sie »aber auch, um Kritik sein zu können, jene Mittel vorgeben [...], mit denen sie ein Werturteil über die deskriptiv erfasste soziale Ordnung abzugeben vermag« (ebd.: 26). Den Spannungen zwischen beiden Modi der Wissensgenerierung (empirisch gestützte Gesellschaftsbeschreibung, Konstruktion gesellschaftlicher Ordnung in kritischer Absicht) muss die »Möglichkeit einer Sozialwissenschaft« stets aufs Neue »abgerungen werden« (ebd.: 28). Der Austausch mit subalternen Gruppen und Gegenöffentlichkeiten ist für eine organische öffentliche Soziologie Teil dieses ständigen Ringens.

Vom Ende der Geschichte eingeholt, hat die Soziologie (3) allerdings eigene Sozialisationsmuster und Karrierewege hervorgebracht, die sich den Ansprüchen einer organischen öffentlichen Soziologie nicht unbedingt fügen. Die Wendung der Geschichte zu vermeintlicher Alternativlosigkeit war für die Ausbildung junger Nachwuchswissenschaftlerinnen durchaus folgenreich. Wer bei wachsendem Angebot an qualifiziertem Nachwuchs und knappen Stellen wissenschaftlich Karriere machen wollte, der lernte rasch, alles zu vermeiden, was anstößig wirken könnte. Diese Problematik ist, zumal in Deutschland, alles andere als neu. Auf dem Weg in die professionelle Wissenschaft hatte man sich hierzulande von jeher auf einen »wilden Hasard« (Max Weber) einzulassen, denn materielle Sicherheit und Planbarkeit gab es schon zu Max Webers Zeiten allenfalls für Professoren. Bis zur Berufung war stets ein langer, mühseliger Weg zurückzulegen. Daran hat sich im universitären Massenbetrieb unserer Tage wenig geändert. Wissenschaftler ohne Professur hangeln sich im Regelfall von Projekt zu Projekt, von *atypischer* Beschäftigung zu *atypischer* Beschäftigung. So waren zu Beginn des Jahrzehnts drei Viertel der gut 106.000 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen an deutschen Hochschulen befristet beschäftigt. Mehr als 40 Prozent von ihnen hatten lediglich eine Teilzeitstelle. Ob ihre Bemühungen fruchtbar sind, ob sie die richtigen Entscheidungen getroffen und Schwerpunkte gesetzt haben, erfahren Nachwuchssoziologinnen erst am Ende einer denkbar langen Qualifizierungsphase. Bis zur Berufung, und das bedeutet im Schnitt bis zum Beginn des fünften Lebensjahrzehntes, zählen Forscher in Deutschland zum sogenannten wissenschaftlichen

Nachwuchs. Nur als Professorinnen oder Wissenschaftlerinnen in leitender Funktion erkennt die *scientific community* ihre Nachwuchswissenschaftler auch formal als vollwertige Mitglieder an. Schaffen sie, aus welchen Gründen auch immer, den Sprung in die Professur nicht, sinken ihre Chancen rapide, überhaupt noch den sicheren Hafen einer geschützten Beschäftigung zu erreichen. Eine nicht unerhebliche Zahl von Wissenschaftlern steht dann vor wenig attraktiven Alternativen. Ihnen bleibt nur, sich entweder mit der Unsicherheit befristeter Projektbeschäftigung zu arrangieren oder sich im Alter von Mitte 40 auf dem Arbeitsmarkt umzusehen, wo sie vielfach als überspezialisiert, überqualifiziert oder schlicht als zu alt wahrgenommen werden. Soziologen trifft all dies mit besonderer Radikalität, was ihre Neigung zu Widerspruch und oppositionellem Geist nicht unbedingt fördern dürfte. Und doch deutet sich auch hier ein Wandel an. Studierende und junge Soziologinnen beginnen, den prekären Charakter ihrer Tätigkeiten öffentlich zu thematisieren. Die *geduldgigen Prekarier* (Dörre/Neis 2008; 2010) sind dabei, ihre ansozialisierte Bescheidenheit zu verlieren. Und sie entdecken die öffentliche Soziologie als Mittel und Methodik, um der eigenen Lage im politischen Raum Aufmerksamkeit zu verschaffen.

4. Für eine öffentliche Soziologie gesellschaftlicher Transformation

Damit sind wir bei dem Anliegen unseres Buchs. Den Herausgebern geht es darum, eine Debatte um eine zeitgemäße öffentliche Soziologie gesellschaftlicher Transformation anzustoßen und – wo sie bereits im Gange ist – weiter zu treiben. Zu diesem Zweck versammelt der Band Beiträge, die sich in mehrere thematische Blöcke gliedern. Im ersten Teil wird das Konzept einer öffentlichen Soziologie aus der Perspektive der Kollegforscherinnengruppe »Postwachstumsgesellschaften« eingeführt, in den Kontext der im Gange befindlichen großen gesellschaftlichen Transformation gestellt und kritisch diskutiert. Teil zwei enthält Beiträge, die eine Brücke vom Paradigma öffentlicher Wissensproduktion zu Anwendungsfeldern schlagen. Der dritte Teil soll den Blick für internationale Erfahrungen mit öffentlicher Soziologie schärfen. Im vierten und letzten Teil geht es schließlich um das Verhältnis von öffentlicher Soziologie, Medien und Politik.

Wir verzichten darauf, die Beiträge einzeln vorzustellen und zu kommentieren. Jeder Artikel spricht, so meinen wir, für sich. Stattdessen beschränken wir uns abschließend darauf, gewissermaßen im Vorgriff auf die dokumentierte Debatte fünf Leitsätze einer zeitgemäßen *public sociology* zu formulieren, die transformativem Wissen öffentliche Beachtung ermöglichen will.

1. *Public sociology* benötigt einen produktiven Austausch zwischen disziplinärem Zentrum und kritischer Peripherie. Das zeigt sich exemplarisch an der Krisen- und Transformationsdiskussion. Neues Wissen wird häufig an den – wir sagen das ohne jeden Abwertungsgestus – Rändern des Fachs, im engen Austausch von heterodoxer Wissenschaft und Gegenöffentlichkeiten erzeugt. Die Polanyi-Diskussion, die Debatte um multiple und soziale Reproduktionskrisen oder die ökonomisch-ökologische Doppelkrise sind zumindest teilweise von dort in das Zentrum des Fachs eingesickert. Öffentliche Soziologie sollte diesen Mechanismus zur Generierung transformativen Wissens produktiv nutzen, statt ihn – etwa in der Zitationspolitik – unkenntlich zu machen.

2. *Public sociology* wird sich nicht nur mit dem neuerlichen Strukturwandel des Öffentlichen wissenschaftlich auseinandersetzen müssen, sie kommt angesichts des Zerfalls demokratischer Zivilgesellschaften und ihrer Organisationen kaum umhin, selbst Gegenöffentlichkeiten zu schaffen und zu stabilisieren. Dass es im Rahmen eines ISA-Forums möglich ist, eine kontroverse Transformationsdebatte zu führen, deutet an, in welche Richtung – vielleicht künftig auch im deutschsprachigen Raum? – gedacht werden kann.

3. Öffentliche Soziologie muss plural und international angelegt sein oder sie wird nicht sein. Pluralität heißt, dass öffentliche Soziologie von unterschiedlichen, ja gegensätzlichen »Außenstandpunkten« aus betrieben werden kann und betrieben werden muss. Nur so kann im Wissenschaftssystem in konstruktiver Kontroverse ausgetragen werden, was an Konflikten auch in der Zivilgesellschaft angelegt ist. Pluralität darf aber nicht Beliebigkeit bedeuten. Im Gegenteil, Soziologinnen sollten lernen, sich selbst wieder ernst zu nehmen. Natürlich benötigt die Soziologie nicht den einen, den vermeintlich alles erklärenden Krisen- oder Transformationsbegriff. Aber sie muss lernen, Konzepte mit unterschiedlichen oder auch einander ausschließenden Implikationen wieder in einen kritischen Austausch zu bringen. Dabei gilt es mehr denn je, den wissenschaftlichen Blick über den nationalen Tellerrand hinaus auszuweiten. Wer verstehen möchte, wie eine

organische *public sociology* funktioniert, der sollte beispielsweise einen Blick auf die Forschungspraxis des SWOP Johannesburg werfen – ein Institut, das mit Karl von Holdt und Edward Webster prominent in diesem Band vertreten ist. Die Forschungen des Instituts zu Minenarbeitern, sozialen Konflikten und der Herausbildung von *precarious societies* sowie die Wirkung dieser Expertise im öffentlichen und politischen Raum gehören zum Besten, was *public sociology* in der Gegenwart zu bieten hat.

4. *Public sociology* kann sich in der Breite des Fachs nur entwickeln und in der Zivilgesellschaft nur bestehen, wenn sie nicht allein auf wenigen Schultern besonders prominenter Soziologen lastet. Organische öffentliche Soziologie ist kein elitäres Konzept. Im Gegenteil, es kann sich nur entfalten, wenn es gängige Hierarchien im Wissenschaftssystem bis zu einem gewissen Grad in Frage stellt. Anders gesagt, auch eine Soziologin, die eine spezifische Teil- oder Gegenöffentlichkeit als Resonanzsphäre wählt und deshalb in anderen Teilöffentlichkeiten völlig unbekannt bleibt, agiert als öffentliche Wissenschaftlerin. Und Studierende, die Ergebnisse ihrer Lehrforschungsprojekte im Sinne öffentlicher Soziologie vorstellen, sind öffentliche Soziologen in Ausbildung. Nimmt man eine solche Arbeitsteilung als Kriterium, ist es wahrscheinlich um die öffentliche Wirksamkeit des Fachs auch in Deutschland besser bestellt, als viele glauben.

5. Um wahrgenommen zu werden und ihre Funktion bei der Verteidigung demokratischer Zivilgesellschaften ausüben zu können, muss öffentliche Soziologie *beißen*, muss *stören*, muss vermeintliche soziale *Normalität* infrage stellen. Das heißt auch: Öffentliche Soziologen haben kein leichtes Leben. Dort, wo sie in unterschiedlichsten Feldern mit Macht konfrontiert werden, müssen sie damit rechnen, dass unbequeme Forschungsergebnisse zu unbequemen Reaktionen der Adressaten führen können. Zumindest in diesem Punkt unterscheiden sich auch oppositionelle Gewerkschaften, linke Parteien oder soziale Bewegungen wenig von eher staatstragenden Einrichtungen. Konflikte in Machtbeziehungen auszuhalten, ist alles andere als leicht. Manchmal hilft dabei ein ungewöhnliches Format wie das der Soziologie im Theater.¹³ Generell gilt: Eine Soziologie, die über öffentliche Stimmen verfügen will, darf vor Auseinandersetzungen nicht zurückschrecken. Konflikte zu führen und zu bestehen ist eine Kunst, die vielleicht im Studium der Soziologie künftig als Sonderqualifikation vermittelt werden sollte. Denn die Methodik einer öffentlichen Soziologie verbreitet sich

13 Siehe den Beitrag von Heinz Bude in diesem Band.

nicht von selbst; sie zu erlernen und institutionell zu verankern, wäre ein Schritt, der im Fach erst noch zu diskutieren ist.

Literatur

- Altwater, Elmar (1987), *Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – Der Fall Brasilien*, Hamburg.
- Aulenbacher, Brigitte/Binner, Kristina/Riegraf, Birgit/Weber, Lena (2015), Wandel der Wissenschaft und Geschlechterarrangements. Organisations- und Steuerungspolitiken in Deutschland, Österreich, Großbritannien und Schweden, *Beiträge zur Hochschulforschung*, Jg. 37, H. 3, S. 22–39.
- Aulenbacher, Brigitte/Dörre, Klaus (2015), Michael Burawoys Soziologie – eine kapitalismus- und wissenschaftskritische Herausforderung, in: Michael Burawoy, *Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit*. Herausgegeben von Brigitte Aulenbacher und Klaus Dörre mit einem Nachwort von Hans-Jürgen Urban, Weinheim/Basel, S. 9–21.
- Blyth, Mark (2013), *Austerity: The History of a Dangerous Idea*, Oxford.
- Boltanski, Luc (2010), *Soziologie und Sozialkritik*, Berlin.
- Burawoy, Michael (2015), *Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit*, Herausgegeben von Brigitte Aulenbacher und Klaus Dörre mit einem Nachwort von Hans-Jürgen Urban, Weinheim/Basel.
- Demirović, Alex (2016), An die Grenzen, in: Aaron Tauss (Hg.), *Sozial-ökologische Transformation. Das Ende des Kapitalismus denken*, S. 32–51.
- Dörre, Klaus/Neis, Matthias (2010), *Das Dilemma der unternehmerischen Universität. Hochschulen zwischen Wissensproduktion und Marktzwang*, Berlin.
- Dörre, Klaus/Neis, Matthias (2008), Geduldige Prekari? Unsicherheit als Wegbegleiter wissenschaftlicher Karrieren, *Forschung und Lehre*, Jg. 15, H. 10, S. 672–674.
- Endruweit, Günter/Trommsdorff, Giesela/Burzan, Nicole (Hg.) (2014), *Wörterbuch der Soziologie*, Konstanz, 3., völlig überarbeitete Auflage.
- Eßbach, Wolfgang (2014), Historische Quellen soziologischen Denkens, in: Jörn Lamla/Henning Laux/Hartmut Rosa/David Strecker (Hg.), *Handbuch der Soziologie*, Konstanz, S. 25–44.
- Fraser, Nancy (2011), Marketization, Social Protection, Emancipation: Toward a Neo-Polanyian Conception of Capitalist Crisis, in: Craig Calhoun/Georgi Derluguian (Hg.), *Business as Usual. The Roots of the Global Financial Meltdown*, New York/London, S. 137–283.
- Fukuyama, Francis (1992), *The End of History and the Last Man*, New York.
- Galbraith, James K. (2016), *Wachstum neu denken. Was die Wirtschaft aus den Krisen lernen muss*, Zürich.